

Stadtteilbeirat Sternschanze
Protokoll der 91. Sitzung vom 27.01.2022

Der Beirat ist mit 13 anwesenden stimmberechtigten Mitgliedern beschlussfähig.

Tagesordnung

- TOP 01. Anmerkungen zum Protokoll der letzten Sitzung**
- TOP 02. Blühflächen Bahndamm Sternschanze (zu Gast ein Vertreter des HVV)**
- TOP 03. Berichte**
- TOP 04. Kommunikation im Stadtteilbeirat**
- TOP 05. Anliegen von Gästen und Mitgliedern**
- TOP 06. Termine**

TOP 01. Anmerkungen zum Protokoll der letzten Sitzung

Ein Mitglied des Beirats möchte korrigieren, dass es in der letzten Sitzung nicht darum gegangen sei, dass sich der Vorstand mit der Satzung befassen solle. Vielmehr sei es darum gegangen, dass dem Vorstand vorgeworfen wurde, sich nicht satzungsgemäß verhalten zu haben. Das Protokoll wird wie folgt angepasst:

„Die Kritik dreier Beiratsmitglieder richtet sich gegen das Verhalten des Vorstandes hinsichtlich der Wahl der Beiratsmitglieder. Dem Vorstand wird vorgeworfen, sich nicht satzungsgemäß verhalten zu haben. Dies betreffe zum einen die geographische Beschränkung der wählbaren Beiratsmitglieder auf den Stadtteil Sternschanze und zum anderen die Zuordnung der Bewerber auf die zu besetzenden Kategorien.“

TOP 02. Blühflächen Bahndamm Sternschanze (zu Gast ist Herr Carstensen vom HVV)

Dirk Carstensen, Haltestellenumfeldkoordinator beim HVV (Hamburger Verkehrsverbund), ist zu Gast im Stadtteilbeirat und stellt einfürend noch einmal das Projekt „Blühende Haltestellen“ vor, eine Kooperation mit der *Deutschen Wildtierstiftung*. Hierbei würden zur Zeit vier Haltestellen im Umfeld durch Blühflächen ergänzt, um neben einer erhöhten Aufenthaltsqualität auch den Artenschutz von Wildblumen und Wildbienen zu garantieren.

Das Pilotprojekt startete 2019, im Folgejahr übernahm die *Deutsche Wildtierstiftung* die Grünpatenschaft des Bereichs am Bahndamm zwischen U- und S-Bahneingang Sternschanze für den Zeitraum vom 01.10.2020 bis zum 31.12.2023.

Es folgte die Flächeneinrichtung mit einem großen und sechs kleinen Bereichen und der Installation von zwei Infotafeln im Oktober 2020. Im Zuge dessen wurde das Projekt auch im Stadtteilbeirat vorgestellt. Einem Aufruf mit Bitte um Beteiligung folgte eine kleine Gruppe von Anwohnern und übernahm die Betreuung der kleineren Grünflächen. Wider Erwarten kam es bislang zu keinen größeren Problemen mit Vandalismus und Kaninchenfraß, allerdings blieben die Blühergebnisse (erwartetermaßen) im ersten Jahr noch bescheiden. Herr Carstensen berichtet von den Ergebnissen der letzten Jahre im Detail und erwähnt auch andere Haltestellen, wie die Blühfläche am Schlump und den Bahnhof Ohlsdorf.

Für die Weiterführung des Projekts würden nun erneut interessierte HelferInnen gesucht, die unter sachkundiger Leitung die Grünflächen ehrenamtlich unterstützen. Da die Fläche nicht beim HVV, sondern in der Hand des Bezirks Altona liege, so Herr Carstensen, sei nach 2023 keine Versorgung durch Mittel des HVV gesichert, man habe aber Interesse an einer Weiterführung des Projektes.

Die benötigte Unterstützung belaufe sich auf fünf bis sechs Einsätze im Jahr, jeweils für ein bis zwei Stunden und unter Anleitung der Ehrenamtlichen Birgit Treuten. Ausstattung und kleinere Werkzeuge sollten von den UnterstützerInnen mitgebracht werden.

Ein Mitglied des Beirats wünscht sich ein größeres Bemühen um Kommunikation und Vernetzung von Seiten des HVVs, gerade bei der Freiraumplanung. Insbesondere über diese Fläche sei vielfach

und in vielfältigen Umfeldern diskutiert worden. Der Vorstand bittet den Gast, die Beobachtung von ausbleibendem Kaninchenfraß auf der Fläche an die entsprechenden Stellen beim Stadtgrün Altona weiterzutragen. In der Vergangenheit sei dort Kaninchenfraß immer wieder als Argument für eine ausbleibende Umsetzung von bereits beschlossenen Maßnahmen der Freiraumplanung (im Zusammenhang mit der Umgestaltung der Straße Sternschanze, 3. Bauabschnitt) und in BürgerInnenbeteiligung eingebrachten Vorschlägen verwendet worden.

Der Vorstand erfragt, ob die Mitglieder damit einverstanden sind, das Gesuch auf der Webseite und im Protokoll unterstützend zu verbreiten, dem wird zugestimmt.

TOP 03. Berichte

Neues um die E-Scooter im Stadtteil

Der Vorstand berichtet von der Evaluation der Abstellflächen und Abstellzahlen der E-Scooter durch die Verkehrsbehörde im Pilotprojekt Sternschanze. Weiterhin würden geballt Fahrzeuge in der Eifflerstraße, der Juliusstraße und der Lerchenstraße abgestellt. Der Verkehrsausschuss und das Bezirksamt sähen, dass die Verbotszone sowie die Nutzung der Abstellflächen nicht ausreichend seien – die Verbotszone westlich des Schulterblatts wird nun bis zur Stresemannstraße erweitert. Neue Parkbereiche seien für die Kreuzung Juliusstraße/Stresemannstraße, Neuer Pferdemarkt, Lagerstraße und Neuer Kamp geplant.

Der Vorstand betont, dass die Problematik der Freiwilligkeit bleibe – es sei ein Signal, die Frage sei jedoch, ob diese Maßnahmen ausreichend seien.

Das Karolinentviertel wünscht keine Beteiligung bei der Erweiterung des Pilotprojekts.

Der Vorstand verweist auf eine Studie der ETH Zürich, welche zu dem Schluss komme, E-Scooter im Sharing-Modell ersetzen lediglich umweltfreundlichere Verkehrsmittel (<https://doi.org/10.1016/j.trd.2021.103134>).

Ein Mitglied des Beirats betont, dass die Abstellflächen zuhauf von anderen Plattformunternehmen genutzt würden und diese damit den Platz für die E-Scooter blockieren. Daraufhin erwidert ein Mitglied des Vorstands, die Verkehrsbehörde erwarte, dass dies unter den Anbietern selbst geregelt werde, wenn der Andrang der E-Scooter mit besserer Witterung wieder steige.

Der Vorstand berichtet von der Beobachtung, dass weiterhin Roller in Verbotszonen abgestellt werden können. Es sei weiterhin eine Dokumentation solcher Vorfälle per Foto und anschließendes Senden an die dafür eingerichtete Email-Adresse nötig (hamburg.escooter@gmail.com).

Baumfällung BaSchu

Der Vorstand berichtet von einer nicht standsicheren Pappel auf dem Gelände des BaSchu-Spielplatzes, die gefällt werden musste. Die unteren Bäume und Gehölze erhielten dadurch nun auch mehr Licht. Jenny Löwenstein (Bezirksamt Altona) ergänzt als Grund für die Fällung, dass mittlerweile die Wurzeln der Pappel an benachbarte Gebäude gereicht hätten.

DB-Veranstaltung zur Schanzenbrücke

Der Vorstand berichtet von der Infoveranstaltung der *Deutschen Bahn (DB)* zum Bauvorhaben Schanzenbrücke vom 06.12.2021.

Der Vorstand sieht die in der Präsentation veröffentlichten Teilnehmerzahlen zu den vorangegangenen Infoveranstaltungen kritisch. So seien für die genannten Zahlen überwiegend von Seiten der *DB* und betroffener Stellen der Hamburger Verwaltung Anwesende verantwortlich. Eine Beteiligung von betroffenen Bürgern und Anwohnern habe in deutlich geringerem Maße stattgefunden. Bei der Präsentation am 6.12.2021 seien laut der Zähler auf *YouTube* maximal 9 Personen inklusive der Anwesenden von *DB*-Seite dabei gewesen.

In Bezug auf die vorherigen Präsentationen seien bei diesem Termin keine Veränderungen bezüglich der Planungen für Brückengröße, -Gestaltung oder Verkehrsführung unter der Brücke gezeigt worden.

Entfallende Fahrradbügel unter der Brücke plane man nun entlang der Schanzenstraße zu ersetzen, nördlich am Vorplatz des *SC Sternschanze*, südlich vor dem Eingang zur *Bullerei*.

Die wichtigste neue Information der Veranstaltung sei hingegen gewesen, dass die *DB* nun ihre konkreten Planungen für die Baustelleneinrichtungsflächen (BE) gezeigt habe. Entgegen den Wünschen und Vorschlägen von Stadtteilbeirat und Verkehrsausschuss plane die *DB* weiterhin mit zwei BEs, jeweils nördlich und südlich der Brücke. Um Zufahrtsverkehre in der Straße Sternschanze und der Schanzenstraße zu ermöglichen, plane man, die Brückenteile auf Tragegerüsten in 4,5m Höhe zu montieren. Diese seien zum einen vor dem Schneckenbunker in der Straße Sternschanze und zum anderen zwischen Brücke und der Einmündung Susannenstraße geplant.

Ein Mitglied des Vorstands fordert, der Emissionsschutz der AnwohnerInnen müsse gesichert werden, wozu die *DB* bislang wenig konkrete Lösungen präsentiert habe („Plane drüber hängen“). Des Weiteren sei der Informationszeitpunkt für AnwohnerInnen ein relevantes Thema, das die *DB* aktuell scheinbar nicht weiter verfolge.

Die *DB* habe auf der Infoveranstaltung berichtet, sie hätte sich eingehend mit den Alternativ-Vorschlägen für die Baustelleneinrichtungsflächen beschäftigt, habe sich aber auf Grund diverser Argumente für diese Variante entschieden. So müssten hierbei keine Bäume gefällt werden und Fuß- und Radverkehr könne die Tragegerüste seitlich passieren, die voraussichtlich für 6 Monate eingerichtet werden. Der Vorstand berichtet dazu, dass laut Planungen der *DB* jedoch die Schanzenstraße unter der Brücke für 1,5 Jahre für den motorisierten Verkehr gesperrt bleibe.

Auf die Frage eines Beiratsmitglieds, wieso die Baustelleneinrichtungsfläche nicht auf eigenem Bahngelände oder auf den Fleischgroßmarkt-Parkplätzen angelegt würde, erwidert der Vorstand, die *DB* habe dazu argumentiert, über nicht ausreichend Eigenfläche zu verfügen. Der Großmarkt sei nach Wissensstand des Vorstand von der *DB* nicht einmal angefragt worden. Als Argument gegen diese Flächen zählte die *DB* den für die Baumaschinen unüberwindbaren Höhenunterschied zwischen Parkplatz und Lagerstraße auf. Zudem seien zusätzliche Rückbau-Maßnahmen im Straßenverkehr erforderlich, durch Konzentration der Baufläche sei mit einer zusätzlichen Lärmfläche zu rechnen und die Fällung von Bäumen sei nicht auszuschließen. Die Bahn argumentiere weiterhin, dies ginge zur Lasten der AnwohnerInnen, da eine bis zu zwei Monate längere Vollsperrung nötig sei, um Kreisel und Verkehrsinseln zu planieren. Der Vorstand meint, dass diese Argumentation seiner Ansicht nach nicht schlüssig sei, jedoch weitere Ausführungen gefehlt hätten.

Auf die Frage eines Beiratsmitglieds, warum zwei Baustellen notwendig seien, erwidert der Vorstand, die *DB* plane, die Brückenteile von zwei Seiten einzuheben, da während der gesamten Bauzeit ein Gleis befahrbar bleiben müsse. Ebenso müsse von beiden Seiten ein Erreichen der Baustelle via Gleis möglich sein, wodurch ein zeitgleiches Einheben der Brückenteile von Sternbrücke und Schanzenbrücke für die *DB* unmöglich werde.

Ein Mitglied des Beirats fragt daraufhin, ob es noch möglich sei, auf die Planung Einfluss zu nehmen. Der Vorstand berichtet, dass laut Planung der *DB* die Planfeststellungsunterlagen im Dezember eingereicht worden seien. Eine Äußerung des Stadtteilbeirats im Planfeststellungsverfahren sei noch möglich. Der Vorstand fragt, wie diese aussehen könne.

Die anschließende Diskussion unterstreicht das Bedürfnis nach Einflussnahme, da die Verkehrsführung für die AnwohnerInnen von hoher Bedeutung sei und Ausweichrouten besprochen werden müssen. Dies soll als eigener Punkt für eine zukünftige Beiratssitzung auf die Agenda gesetzt werden.

DB-Onlinevoting zur Sternbrücke

Der Vorstand verweist auf eine kommende Infoveranstaltung der *DB* zur Sternbrücke, welche die Ergebnisse des Kreativworkshops noch einmal darstellen solle und die Eröffnung eines Onlinevotings zu den von der *DB* gewünschten Themen einleiten werde.

Gedenktafel Deportationsopfer an der Ganztagsgrundschule Sternschanze

Eine Initiative des Stadtteils plant, der Opfer des Nationalsozialismus namentlich zu gedenken, die von der heutigen Ganztagsgrundschule Sternschanze als Sammelpunkt aus deportiert wurden. Aktuell sei noch nichts Konkretes bekannt, so der Vorstand. Die Frage an den Beirat sei momentan, ob eine Teilfinanzierung einer Gedenktafel aus Mitteln des Verfügungsfonds für die Mitglieder denkbar sei. Es gibt keine Gegenstimmen, das Angebot soll an die Initiative herangetragen werden.

Bericht Grünausschuss

Der Vorstand berichtet von der letzten Sitzung des Grünausschusses. Zum Thema „Veranstaltungen im Schanzenpark“ wird berichtet, dass der Ausschuss sich fraktionsübergreifend der Amtsvorgabe einstimmig angeschlossen habe. Lediglich auf die Einführung einer Veranstaltungspause sei verzichtet worden. Die Veranstaltungen seien nun vom 26. Mai bis 15. September geplant, wobei der Verwaltung aufgetragen worden sei, die Termine gleichmäßig unter den Bewerbern zu verteilen.

Außergastronomie auf Park- und Nebenflächen bis 31.10.2022

Die coronabedingte Sonderbestimmung zur Nutzung von Parkplätzen- und Nebenflächen sei vom Bezirk bis zum 31.10.2022 verlängert worden, darüber hinaus solle die Sondernutzung dann beendet sein, so berichtet der Vorstand.

TOP 04. Kommunikation im Stadtteilbeirat

Beiratsmitglied agiert gegen anderes Beiratsmitglied und Stadtteilbeirat

Der Vorstand berichtet, im Vorfeld der Dezember-Sitzung des Grünausschusses sei an dessen Mitglieder ein Schreiben von Beiratsmitgliedern versandt worden, das Aussagen eines Vorstandsmitgliedes vor dem Grünausschuss anzweifelte und als persönliche Meinung darstellte. Knapp vor der Sitzung konnte noch eine Entgegnung des Vorstandsmitgliedes an den Grünausschuss übermittelt werden. Der Vorstand betont, dass ein persönliches, namentliches Angehen von Beiratsmitgliedern gegenüber Dritten nicht toleriert werden könne und ein beiratschädigendes Verhalten darstelle, anschließend führt das betroffene Vorstandsmitglied zum Ablauf der Ereignisse aus.

Verlauf der Beratung/Empfehlung im Grünausschuss

Das Vorstandsmitglied betont, in allen Sitzungen des Grünausschusses in diesem Jahr explizit positive Aussagen zu Kinos und Zelttheater gemacht zu haben, was von den angesprochenen Beiratsmitgliedern in ihrem Schreiben anders dargestellt worden sei.

Der Verlauf der Kommunikation sei relevant, so das Mitglied, und führt aus, dass er in der 87. Beiratssitzung im August vorgeschlagen habe, gegenüber dem Grünausschuss über die Saison im Sternschanzenpark unter den neuen Bedingungen beziehungsweise mit den neuen Beteiligten zu berichten. Hierbei habe er in der Beiratssitzung die eigene Sicht der Dinge dargestellt, inklusive dem Vorschlag einer Sommerpause, da die Anzahl der Veranstaltungen in den letzten Jahren deutlich zugenommen habe. Das Echo des Beirats auf diese Darstellung war zustimmend. Um mit Rückhalt des Stadtteilbeirats auf der Sitzung des Grünausschusses zu sprechen, wurde vom Vorstandsmitglied um ein Stimmungsbild gebeten, welches ebenfalls ein positives Votum erbrachte.

Bei der Sitzung des Grünausschusses am 25.8.2022. wurde dann vom Vorstandsmitglied entsprechend berichtet. Der Ausschuss habe den Bericht zur Kenntnis genommen, das Bezirksamt habe aber zu diesem Zeitpunkt noch keinerlei Handlungsbedarf gesehen, da ihm noch keine Bewerbungen für 2022 vorlagen.

Das Mitglied sei daraufhin als nächstes zur Grünausschuss-Sitzung am 7.12. eingeladen worden, vorher sei jedoch das besagte Schreiben von den Beiratsmitgliedern an den Grünausschuss verschickt worden. Dadurch sei der Ausschuss verunsichert gewesen, welche Sicht der Stadtteilbeirat Sternschanze nun vertrete. In ihrem Schreiben hätten die Beiratsmitglieder angeführt, es habe von keiner Seite

Beschwerden gegeben. Das Vorstandsmitglied betont, dass dies richtig sei, es habe keine Beschwerden gegeben (auch von ihm nicht!), jedoch habe der Wunsch im Beirat bestanden, eine Pause zwischen die Veranstaltungen im Sommer zu legen oder die Gesamt-Veranstaltungszeit wieder auf einen früheren kleineren Rahmen zurückzufahren. Das Bezirksamt Altona habe diese Themen aufgegriffen und in eine Vorlage für die Grünausschuss-Sitzung integriert.

Der Grünausschuss habe nun aufgrund seiner Verunsicherung explizit um eine Empfehlung bis zu seiner Januar-Sitzung gebeten. Das Vorstandsmitglied habe darauf hingewiesen, dass bis dahin keine Sitzung des Stadtteilbeirats mehr stattfände, woraufhin der Grünausschuss um eine Klärung eventuell per E-Mail bat. Dieser Bitte sei der Vorstand gefolgt.

Vor der Sitzung des Grünausschusses am 07.01.2022 habe der Vorstand dann ein Schreiben des besagten Beiratsmitglieds erhalten, in dem dieser drohte, dass weitere Wortbeiträge des Vorstandsmitglieds gegenüber dem Grünausschuss dem Stadtteilbeirat schaden würde.

Das besagte Beiratsmitglied entgegnet, die Entscheidung für die Empfehlung sei nicht repräsentativ gewesen, da der Beirat zu dem Zeitpunkt der Abstimmung nicht stimmfähig war und unterstellt dem Gegenüber weiterhin eine Voreingenommenheit. Es folgt eine Diskussion über das Geschehene und mögliche Auslöser, sowie mögliche Fehlverhalten.

Ein Mitglied des Beirats stellt fest, es gehe um das Interesse des Stadtteils, nicht um die Interessen einzelner Gewerbetreibender. Der Grund für das Fehlen einer Beschwerdelage gegenüber dem Ausschuss und dem Bezirksamt liege darin, dass die Kommunikation im Stadtteil bevorzugt im direkten Kontakt geschehe und nicht über Beschwerden an offizielle Stellen. Es sei wichtiger, verbindend miteinander zu arbeiten und zu kommunizieren und nicht gegeneinander zu agieren. Jedoch sei durchaus Kritik an der langen und intensiven Nutzung des Sternschanzenparks für kommerzielle Veranstaltungen von Seiten der AnwohnerInnen zu vernehmen. Diese Tatsache spiegele sich auch in der regelmäßigen Besprechung der Thematik im Beirat und den anschließenden Empfehlungen wider. Der Vorstand betont nochmals, dass eine solche Diskreditierung von Beiratsmitgliedern gegenüber Dritten nicht geduldet werde und verlangt, dass solche Dispute in Zukunft innerhalb des Stadtteilbeirats geklärt werden.

Bezüglich des Themas „Nutzung des Sternschanzenparks“ weist der Vorstand nochmals darauf hin, dass es sich um „Sondernutzungen“ einer öffentlichen Grünfläche handele, die als solche eine Ausnahme-Nutzung und nicht den Dauerzustand über das Jahr darstellen sollten.

Abstimmung über Empfehlungen per E-Mail

Anschließend folgt Kritik von Gästen und Beiratsmitgliedern an der zuvor gewählten Form der Kommunikation über Umlaufbeschlüsse per E-Mail.

Der Vorstand erklärt dazu, dass die Beiratsmitglieder darauf vertrauen können, dass alle in Empfehlungen enthaltenen Elemente vorher im Beirat diskutiert worden seien und die Empfehlungen jeweils versuchen, den wahrgenommenen Konsens abzubilden. Die Empfehlungen verträten immer eine konkrete Position, da sie nicht Diskussionsgrundlage, sondern Position des Stadtteilbeirats gegenüber den Empfängern der Empfehlungen seien, um Ja/Nein/Enthaltung-Entscheidungen zu ermöglichen.

Zur konkreten Empfehlung 01/2022 führt der Vorstand aus, das Umlaufverfahren sei aus Dringlichkeit als demokratischer Weg gewählt worden, da der Grünausschuss sich eine zeitnahe Empfehlung gewünscht habe.

Der Stadtteilbeirat versuche jedoch, Umlaufbeschlüsse bestmöglich zu vermeiden. Auf die konkrete Frage, ob es grundsätzlichen Widerspruch gegen Umlaufbeschlüsse gebe, werden keine Stimmen laut.

Einige Neu-Beiratsmitglieder bezweifeln die Gültigkeit bisheriger Empfehlungen des Stadtteilbeirats. Nach einer Diskussion fasst der Vorstand zusammen, dass Empfehlungen auch nach Neuwahl noch gültig sein müssen. Bezüglich eventuell nötiger Beschlüsse im Umlaufverfahren werde versucht, den

an die Beiratsmitglieder gerichteten Einleitungstext zu den Abstimmungen zukünftig so wertfrei wie möglich zu formulieren; Handlungsempfehlungen müssten jedoch eindeutig Position beziehen, um entsprechende Wirkung zu erzielen.

Ein Mitglied des Beirats wünscht sich, zu Beginn einer Wahlperiode neu gewählte Mitglieder über längerfristige Anliegen und Projekte und deren wesentlicher Punkte sowie den allgemeinen Konsens zu informieren, was der Vorstand aufnimmt.

Anschließend äußert ein Beiratsmitglied das Bedürfnis nach einer Möglichkeit, alle Beiratsmitglieder sowie StellvertreterInnen anschreiben zu können. Der Vorstand schlägt als Lösung vor, bei an alle gerichtete E-Mails einen Verweis für den Vorstand anzufügen, dieser würde die Nachricht anschließend weiterleiten. So könne man den Datenschutzanforderungen gerecht werden. Bei diesem Thema merken einige Beiratsmitglieder an, dass sie keine Einladung zur Beiratssitzung erhalten hätten. Der Vorstand weist nochmals darauf hin, dass die Einladung automatisiert erfolgt und alle Beiratsmitglieder — wie auch bereits auf der Sitzung nach der Beiratswahl ausgeführt — über die Newsletter-Anmeldung auf der Webseite ihre E-Mail-Adresse eingeben müssen, damit die vom Vorstand versandten E-Mails den Datenschutz-Anforderungen gerecht werden.

TOP 05. Anliegen von Gästen und Mitgliedern

Mit Verweis auf Minderheitenschutz wünscht sich ein Mitglied des Beirats, dass eine „Satzungskommission“ prüfe, ob es Unrechtmäßigkeiten bei der Wahl gegeben habe. Konkret hinterfragt das Mitglied, ob die Ansässigkeit in geographischer Grenze des Stadtteils als Kriterium für eine mögliche Wahl als Beiratsmitglied satzungskonform sei. Der Vorstand wünscht sich eine schriftliche Konkretisierung der Anfrage, um präzise auf die Situation eingehen zu können, was der Gast zusagt. Der Vorstand verspricht, sich nach Eingang der Mail mit der Satzungskonformität zu beschäftigen und nachfolgend eine Handlungsempfehlung zu erarbeiten und dem Beirat vorzuschlagen.

TOP 06. Termine

WANN?	WAS?	WO?
27.01., 18.30 Uhr	DB-Veranstaltung zur Sternbrücke	Online unter https://www.dialog-sternbruecke.de
Januar	Voting zu den Ergebnissen des Kreativworkshops Sternbrücke der DB	Online unter https://www.dialog-sternbruecke.de/ergebnisse
09.02.2022	ArSW-Ausschuss	Rathaus Altona, Kollegiensaal
23.02.2022, 19.30 Uhr	Nächste Beiratssitzung	virtuell

Protokoll vom 21.02.2022
erstellt vom *Standpunkt.Schanze e.V.*